

Kommunalwahl 2009 in Lahr (Schwarzwald)

Befragung der fünf Parteien des Lahrer Gemeinderates durch den Sprecher der Lokalen Agenda 21-Gruppe Energie Dr. Falk Auer

Das Thema Klimaschutz ist nach wie vor aktuell. Die große Politik bäckt aber in diesem Bereich zur Zeit eher kleine Brötchen: Wohlgemeinte Pläne werden immer wieder von Interessensgruppen verwässert. Umso mehr sind die Politiker auf kommunaler Ebene gefordert, ihrerseits Möglichkeiten für eine klimaschonende Energieerzeugung und -verwendung zu suchen und zu realisieren. Die Lokale Agenda 21-Gruppe Energie möchte deshalb von den fünf Fraktionsvorsitzenden des Lahrer Gemeinderates wissen, welche konkreten Pläne, Aktionen und Maßnahmen die Parteien auf kommunaler Ebene auf den Gebieten der rationellen Energieverwendung und erneuerbaren Energien angestoßen haben bzw. verwirklichen wollen.

Es folgen die fünf Fragen mit den Antworten von vier der fünf Parteien in alphabetischer Reihenfolge. Die FDP hat nicht geantwortet.

- 1. Im Rahmen des sogenannten Konjunkturprogramms zieht Lahr Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung bei öffentlichen Gebäuden vor, die erst in ein paar Jahren möglich gewesen wären. Hat die Stadt damit bereits ihr Ziel erreicht oder sehen Sie noch weiteren Handlungsbedarf, wenn ja, wo?**

Bündnis 90/Die Grünen

In den vergangenen Jahren hat sich unsere Fraktion bei allen Haushaltsberatungen erfolgreich für Sanierungen eingesetzt. Weitere Energie-Sanierungen müssen aber unbedingt folgen. Diese Sanierungen sollten dort durchgeführt werden, wo relativ zu den eingesetzten Mitteln ein Maximum an Energieersparnis und Klimaschutz erzielt werden kann. Die Verwaltung hat unter diesem Gesichtspunkt eine Prioritätenliste erstellt, welche städtischen Gebäude nach und nach saniert werden sollen. An dieser Liste werden wir uns orientieren.

CDU

Die CDU-Fraktion hat sich bereits in der Vergangenheit für Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung bei öffentlichen Gebäuden eingesetzt und die entsprechenden Anträge im Gemeinderat gestellt, als auch bei den Haushaltsberatungen darauf hingewirkt, dass auch die entsprechenden finanziellen Mittel hierzu zur Verfügung gestellt werden. Die CDU-Fraktion hat ebenfalls daran mitgewirkt, dass sich der Gemeinderat der Stadt Lahr beim Konjunkturprogramm eindeutig und ausschließlich für energetische Verbesserungen an den Gebäuden nach der ENEC 2009 entschieden hat. Diese Beispiele zeigen deutlich auf, welche Bedeutung die Energiepolitik für die CDU Lahr hat. Durch die vorgesehenen energetischen Verbesserungen an den städtischen Gebäuden können selbstverständlich auch die Betriebskosten reduziert werden, was wiederum Mittel frei macht für weitere sinnvolle energetische Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass sich der Gemeinderat der Stadt Lahr unter Mitwirkung der CDU-Fraktion im Rahmen des European Energy Award (eea) der Überprüfung aller Handlungsfelder zu einer nachhaltigen Stadtpolitik verschrieben hat. Über den eea werden die Potentiale für weitere Maßnahmen offengelegt, was eine hervorragende Richtschnur für effektives Handeln bietet.

Freie Wähler Lahr

Erfreulicherweise konnte die Stadt Lahr mit Unterstützung des Konjunkturprogrammes des Bundes nach den Richtlinien von EnEV2009 einen wesentlich schnelleren Schritt zum rationellen Energieeinsatz bei öffentlichen Gebäuden tun. Grundsätzlich gilt für uns – wie auch im privaten Bereich üblich –, dass für eine Sanierungsmaßnahme, die bei Gebäuden zur Durchführung ansteht, nach modernsten Gesichtspunkten bei der Gebäudeisolierung, der Heiztechnik und der Energieversorgung investiert werden muss. Bei weiteren Energiesparmaßnahmen erfolgt eine Priorisierung auf der Fachebene im Rahmen des Gebäudemanagements. Über den Umfang und die Höhe ist jeweils aktuell bei den Haushaltsberatungen zu entscheiden.

SPD

Die SPD Gemeinderatsfraktion hat schon in den vergangenen Jahren bei den Haushaltsberatungen Wert darauf gelegt, dass bei öffentlichen Gebäuden energetische Maßnahmen durchgeführt werden. Die SPD-Fraktion war hier Vorreiter. Wir haben uns auch für Photovoltaik und Windkraft eingesetzt. Klimaschonende Energieerzeugung und Verwendung muss in einem städtischen Maßnahmenprogramm, dass wir fordern werden, Jahr für Jahr vorangebracht werden. Trotz Konjunkturprogramm werden wir daran weiterarbeiten.

- 2. Die Vorgabe von energetischen Standards bei Neubauten ist ein idealer Bereich, den „Stand der Technik“ in der Praxis zu erproben, z.B. beim Passivhaus. Können Sie sich vorstellen, bei Neubaugebieten solche Technikstandards verbindlich vorzugeben und den vorhandenen rechtlichen Spielraum auszuloten? Es sind schließlich keine Ausnahmen, dass den zukünftigen Betreibern die Nutzung der Solartechnik durch unverständliche Bauauflagen erschwert wird.**

Bündnis 90/Die Grünen

Die Stadt kann nach den geltenden Gesetzen gewünschte Standards nicht für alle Bauenden verbindlich vorschreiben. Deshalb versucht unsere Fraktion seit Jahren durchzusetzen, dass in Lahr neue Baugebiete erst dann ausgewiesen werden, wenn die Stadt alle Grundstücke erworben hat. Als Besitzer der Grundstücke könnte die Stadt dann beim Verkauf die gewünschten Baunormen vertraglich sichern. Dies könnte zukünftig auch beim Verkauf einzelner städtischer Grundstücke geschehen.

CDU

Die ENEC 2009 wird im zweiten Quartal dieses Jahres eingeführt. Hierbei wird der bisherige Standard bei Neubauten um 30 % erhöht. Die Verwendung von regenerativen Energien ist eindeutig festgelegt.

Das Neubaugebiet Hosenmatten II mit 16 ha und 180 Bauplätzen ist durch seine perfekte Südausrichtung ein Beleg dafür, dass in Lahr in gerade zu vorbildlicher Art und Weise der Einsatz von Solartechnik unterstützt wird. Vergessen werden darf allerdings nicht, dass die Neubauten nicht die akuten Probleme bereiten, sondern der Schwerpunkt der energetischen Sanierung auf den Altbauten liegt. Hier können die größten Einsparpotentiale erzielt werden.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollten daher die Hauseigentümer auf die bestehenden KfW-Förderprogramme bei Altbausanierung hingewiesen werden und im Weiteren aufgefordert werden, durch geeignete Gebäudeisolierung einen wertvollen Beitrag zur CO₂-Einsparung zu liefern.

Freie Wähler Lahr

Nicht nur bei Neubauten, auch in der Sanierung – wir denken da insbesondere an die Kernstadt und an die Dorfentwicklung – sind ideale Voraussetzungen gegeben, um die besten technischen Maßnahmen zu treffen. Aufgrund der hohen Energiepreise wird bereits heute ein besonderes Maß an Eigeninitiative bei privaten und öffentlichen Investitionen festgestellt. Eine zu starke Reglementierung halten wir allerdings für kontraproduktiv. Architekten, Handwerksbetriebe, Baustoffhändler und Investoren haben die Zeichen der Zeit für eine verantwortliche Energiebewirtschaftung fest im Blick.

Zu viele oder gar übertriebene Vorgaben führen zu einem Mehr an Bürokratie und zum Teil auch zu unvermeidbaren Mehrkosten, die eventuell sinnvolle Maßnahmen behindern oder sogar verhindern. Wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, sieht welche großen Anstrengungen gerade in diesem Bereich zwischenzeitlich unternommen werden.

SPD

Bei der Ausweisung von neuen Baugebieten wird die SPD-Fraktion darauf achten, dass ihm Rahmen unserer Möglichkeiten energetische Technikstandards verbindlich im Bebauungsplan festgeschrieben werden.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den lokalen Anteil an der Stromerzeugung zu erhöhen? Zur Zeit bezieht das E-Werk Mittelbaden fast alles von außerhalb der Region. Denkbar wären die Tiefen-Geothermie, Biomasse und Windkraftanlagen. Hier liegt noch ein beachtliches regionales Potential brach.

Wäre es nicht auch für die Stadt Lahr besser, Ihre Anteile am E-Werk zu erhöhen? Das machen Freiburg und Lahr zur Zeit bei der badenova. Das wäre ein erster Schritt in Richtung Rekommunalisierung und damit ein Übergang von der zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung. Damit stiegen die Möglichkeiten der verbesserten rationellen Energieverwendung, z.B. der Kraft-Wärme-Kopplung.

Bündnis 90/Die Grünen

Früher war das EWM zu 100% in kommunalem Besitz. Der Einstieg des Energiekonzerns EnBW vor 12 Jahren wurde von uns GRÜNEN heftig bekämpft – leider erfolglos. Inzwischen sehen auch viele der früheren Befürworter diese Entkommunalisierung als Fehler an. Wir GRÜNE unterstützen jede Form der Rekommunalisierung. Die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser gehört zu 100% in kommunale Hand. Große Konzerne, bei denen der Profit und nicht das Wohl der Bevölkerung im Mittelpunkt steht, haben in diesen Bereichen der Grundversorgung nichts verloren. Eine Stromerzeugung in der Region unterstützen wir. Ein solches Umdenken würde bedeuten, dass die Wertschöpfung in der Region bliebe, da lokale Unternehmen an Planung, Errichtung und Wartung der Anlagen beteiligt werden könnten.

CDU

Teil 1: Die CDU Lahr fördert aktiv regenerative Energieformen wie Wasser-, Windkraft und Photovoltaik. Wie die Tiefenbohrungen in Basel und Staufen, aber auch an anderen Orten zeigen, ist die Geothermie derzeit noch problembehaftet. Die in Freiburg auf dem Gelände der früheren Badischen Kommunalen Landesbank entstehende große Geothermieanlage wird sicherlich weitere Aufschlüsse geben.

Bei der Nutzung von Biomasse ist zu beachten, dass diese ökologisch und ökonomisch nur dann unbedenklich ist, wenn sie nicht mittels Intensivlandwirtschaft gewonnen wird. Unabhängig von den bekannten Folgen wie Monokulturenlandschaften, die einen erhöhten Einsatz von Dünger und Pestiziden zur Folge haben, würde eine derartige Gewinnung der Biomasse auch zum Verschwinden traditioneller Agrarstrukturen

Gruppe Energie

beitragen. Nach Auffassung der CDU muss in unserer reizvollen Region einer Entwicklung, die zu nachhaltiger Schädigung der vorhandenen landwirtschaftlichen Strukturen führen kann, entgegen gewirkt werden. Deshalb unterstützt die CDU den Einsatz von Biomasse, bzw. Biogas auf der Basis organischer Reststoffe, die bei der Land- und Forstwirtschaft, der Industrie und den Haushalten anfallen. Hierzu zählen Abfall- und Restholz; Stroh, Gras und Laub; Dung und Klärschlamm sowie organischer Hausmüll. Ein besonderes Augenmerk ist jedoch auch hierbei auf die Gasdichte der Anlagen zu richten, um Methanemissionen zu vermeiden. Gleichzeitig können aus Gärrestlagern Mengen des Schadgases Ammoniak freigesetzt werden - mit allen bekannten negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Die CDU tritt deshalb für die Nutzung von Anlagen ein, die dem Klima nutzen und nicht schaden.

Im Bereich der Windkraft sehen wir die lokalen Möglichkeiten begrenzt. Naturschutz und Energienutzung müssen Hand in Hand gehen. Die CDU unterstützt ausdrücklich die Aktivitäten des E-Werks Mittelbaden zum weiteren Ausbau der Nutzung der Wasserkraft. Diese effizienten Investitionen zur Schonung der Umwelt und der Ressourcen tragen nachhaltig zur lokalen Stromerzeugung bei. Abschließend ist darauf zu verweisen, dass ca. 14,4 % der Abgabe an Letztverbraucher aufgrund des EEG-Gesetzes bereits aus regenerativen Quellen gedeckt werden. Dieser Anteil erhöht den Energiepreis für den Endverbraucher um 1,44 Cent.

Für die CDU ist es wichtig, dass die Energie für die Bürger auch bezahlbar ist und bleibt. Uns liegt der ökologisch und ökonomisch sinnvolle Umwelt- und Klimaschutz in unserer Region sehr am Herzen. Wir treten deshalb für eine umweltfreundliche und zuverlässige Energieversorgung ein.

Teil 2: Die Frage, ob die Stadt Lahr ihre Anteile am E-Werk Mittelbaden erhöhen kann, hängt natürlich in erster Linie damit zusammen, ob andere Anteilseigner überhaupt bereit wären Anteile zu veräußern. Dies scheint augenblicklich nicht realistisch. Sonach könnte sich höchstens die Frage der Kapitalerhöhung stellen. Diese kann allerdings nur im Einvernehmen der Anteilseigner erfolgen, was derzeit auch unwahrscheinlich ist.

Zur Frage der Möglichkeiten der verbesserten rationellen Energieverwendung ist festzustellen, dass die Wärmeversorgung Lahr an die Badenova veräußert wurde. Die Kraft-Wärme-Kopplung war in den vergangenen Jahren defizitär. Durch energiesparende Bauweise wird der spezifische Energieverbrauch kontinuierlich gesenkt. Fernwärmenetze (aber auch Gasnetze) können somit immer weniger rentabel betrieben werden. Der Einsatz dezentraler BHKWs unterliegt der gleichen Entwicklung.

Nach Auffassung der CDU ist deshalb die konsequente Sanierung des Altbaubestandes ein entscheidender Schritt zur nachhaltigen Senkung des Energieeinsatzes.

Freie Wähler Lahr

Die E-Werk-Mittelbaden AG ist derzeit in intensiven Prüfungen und Verhandlungen über die Beteiligung an weiterer Energieerzeugung. Neben Einzelprojekten wie z.B. in der Wasserkraftnutzung im Versorgungsgebiet sind auch Beteiligungen in Windkraftanlagen vorgesehen. Wir unterstützen diesen Weg, um eine nachhaltige und umweltbeachtende Versorgung in hoher Qualität zu gewährleisten.

Für eine Erhöhung der Anteile der Stadt Lahr am Versorgungsunternehmen sehen wir derzeit keine finanzielle Grundlage, da ansonsten Investitionen z.B. in Betreuung, Bildung, Wirtschafts-, Stadt- und Dorfentwicklung, etc. geschmälert werden müssten.

SPD

Das E-Werk Mittelbaden baut derzeit in Offenburg und Gengenbach an der Kinzig zwei Wasserkraftwerke. Bezüglich der Tiefengeothermie hat sich das E-Werk an einem Pilotprojekt in Ettenheim beteiligt. Die Technik ist aber noch mit gewissen Risiken behaftet. Siehe Basel und Staufen.

Die Anteile am E-Werk Mittelbaden lässt sich für die Stadt Lahr nicht erhöhen, da kein weiterer Anteilseigner (Stadt Offenburg, EnBW, diverse Gemeinden) Anteile verkauft.

- 4. Die Nutzung der Windenergie war bei den Entscheidungsträgern in Stuttgart von jeher ein rotes Tuch. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, hat aber inzwischen ein leichtes Umdenken stattgefunden. Schließlich trägt die Windenergie in Deutschland bereits doppelt so viel zur Stromerzeugung bei wie die Laufwasserkraftwerke. Auch vor Ort erzeugt die einzige Alibi-Windkraftanlage an der Grenze zu Seelbach 80mal mehr Energie als die große Solarstromanlage auf dem Dach des Max-Planck-Gymnasiums.**

Deshalb: Treten Sie dafür ein, die vor Jahren verlorene Planungshoheit bei der Ausweisung von Wind-Vorranggebieten sich vom windkritischen Regionalverband Südlicher Oberrhein wieder zurück zu holen, mit dem Ziel, auch auf dem Lauenberg Windkraftanlagen zu errichten? Eine Lahrer Potentialstudie hatte dieses Gebiet vor Jahren als windhöflich ermittelt.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Nutzung der Windenergie ist für uns GRÜNE von zentraler Bedeutung für den umgehenden Ausstieg aus der Atomenergie. Obwohl die Windanlagen das Landschaftsbild beeinträchtigen, sind sie auch für unsere Region für die nächsten Jahrzehnte eine unverzichtbare Übergangstechnologie. Wir GRÜNE setzen uns deshalb konsequent für neue Windkraftwerke in der Region ein – auch auf dem Lauenberg.

CDU

Im Hinblick auf die Sicherstellung einer ausreichenden und umweltverträglichen Energieversorgung wird den regenerativen Energieträgern Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie ein hoher Stellenwert beigemessen. Diesbezügliche Diskussionen und Beschlüsse im Gemeinderat und den betreffenden Ausschüssen zeigen sehr deutlich, dass in den zurückliegenden Jahren auf allen betroffenen Handlungsfeldern beachtliche Fortschritte erreicht werden konnten. Bei der Nutzung der Windenergie sollte die Errichtung der beiden Windkraftanlagen im Grenzgebiet zur Gemeinde Seelbach („Schlossbühl/Kempfenbühl“) nicht unterbewertet werden. Der Standort „Schlossbühl/Kempfenbühl“ wurde unter Abwägung aller Gesichtspunkte, insbesondere jedoch, was die zu erwartende Windausbeute und visuelle Belastung für die betroffene Bevölkerung anlangt, im Rahmen einer sachbezogenen interkommunalen Zusammenarbeit präferiert.

Eine weitere Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Lauenberg wurde in der Vergangenheit sowohl wegen der vergleichsweise geringen Windausbeute als auch insbesondere bezüglich der zu erwartenden visuellen Belastungen bzw. Einschränkungen für die örtliche Bevölkerung im Stadtteil Reichenbach und in der Gemeinde Seelbach abgelehnt (vgl. Gemeinderatsbeschluss vom 30.06.2003). An dieser ablehnenden Haltung wird die CDU-Gemeinderatsfraktion auch in Zukunft festhalten. Hierbei werden vor allem die Voten der örtlichen Gremien im Stadtteil Reichenbach sowie der Nachbargemeinde Seelbach respektiert. Diese Voten spiegeln sehr deutlich die Befürchtungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger wider. Der Lauenberg gehört zu den Hausbergen der Reichenbacher und Seelbacher Bevölkerung, die im Rahmen

Gruppe Energie

von Erholungs- und Freizeitaktivitäten sehr stark frequentiert werden und das örtliche Landschaftsbild in besonderem Maße prägen. An dieser Stelle sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass mittlerweile auch zahlreiche Naturschutzverbände im Hinblick auf die mit der Errichtung von Windkraftanlagen in den betroffenen Wäldern eintretenden „Kollateralschäden“ eine zurückhaltendere und sensiblere Vorgehensweise empfehlen. Die Zusammenarbeit mit dem Regionalverband Südlicher Oberrhein hat sich in der Vergangenheit – u.a. auch im Hinblick auf die Ausweisung von Wind-Vorranggebieten – bewährt. Die Planungshoheit des Regionalverbandes wird deshalb von der CDU-Gemeinderatsfraktion auch in Zukunft nicht in Frage gestellt werden.

Freie Wähler Lahr

Grundsätzlich stehen wir auf dem Stadtpunkt, dass Entscheidungen so bürgernah wie möglich getroffen werden müssen. Deshalb sind alle Zuständigkeiten, die nicht zwingend übergemeindlich angesiedelt werden müssen, auf örtlicher Ebene in die kommunale Verantwortung zu geben.

Eine Verlagerung der Zuständigkeit auch für Windkraftanlagen auf die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung wäre ein richtiger Schritt. Allerdings müssen bei einer Entscheidung über einen Standort für eine Windkraftanlage alle Gesichtspunkte, insbesondere auch die des Natur- und Landschaftschutzes, berücksichtigt werden. Generelle Freifahrtscheine, die zu einem Wildwuchs führen, wären der falsche Weg.

SPD

Wenn es irgend möglich ist, sich für Windkraft einzusetzen, wird es die SPD-Gemeinderatsfraktion tun.

- 5. Die Stadt Lahr hat vor zehn Jahren ein „Kommunales Klimaschutzkonzept“ erstellen lassen. Die Energieconsulting Heidelberg GmbH schlug darin ganz konkret 14 Maßnahmepakete zur Umsetzung vor. Erfreulicherweise hat der Gemeinderat einige davon realisiert, einige aber nur zaghaft angegangen und den Rest liegen lassen, z.B. die empfohlenen Block-Heizkraftwerke oder die Passivhaussiedlung. Würden Sie einen parteiübergreifenden Antrag unterstützen mit dem Ziel, das „Kommunale Klimaschutzkonzept“ zu aktualisieren? Welche Schwerpunkte sollten gesetzt werden?**

Bündnis 90/Die Grünen

Für kommunalen Klimaschutz setzt sich die GRÜNE Gemeinderatsfraktion seit über 25 Jahren ein. Viele Einzelmaßnahmen haben wir durchgesetzt. Derzeit erstellt die Verwaltung im Rahmen der Beteiligung beim European-Energy-Award eine umfangreiche und detaillierte Untersuchung, wo in Lahr die größten Potentiale für Energieeinsparung und Klimaschutz liegen. Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden wir uns für eine konsequente und schnelle Umsetzung einsetzen. Klimaschutz hat Vorrang.

CDU

Das „Kommunale Klimaschutzkonzept“ der Stadt Lahr war bzw. ist ein wichtiger Beitrag zum regionalen Klimaschutz. An dieser Thematik wurde in den zurückliegenden Jahren im Lahrer Gemeinderat und auch in der CDU-Gemeinderatsfraktion intensiv gearbeitet und eine ganze Reihe von wichtigen und richtungsweisenden Beschlüssen gefasst (Energieversorgung/Energieeinsparung, Einsatz regenerativer Energieträger, Verkehr/ÖPNV/Radwege, Beratung/Controlling usw.). Die Lahrer CDU hält eine Aktualisierung und Weiterentwicklung des „Kommunalen Klimaschutzkonzeptes“ für wichtig und sinnvoll.

Gruppe Energie

Dies setzt allerdings eine umfassende Erfassung, Aufarbeitung und Evaluierung der bisher durchgeführten Maßnahmen im Hinblick auf die bisher erreichten klimarelevanten Wirkungen sowie die sich hieraus ergebenden finanziellen Auswirkungen voraus. Auf der Grundlage dieser Evaluation sollte dann über die weitere Vorgehensweise bzw. die hierbei erforderlichen Maßnahmen bzw. Schwerpunkte diskutiert und beschlossen werden.

Freie Wähler Lahr

Selbstverständlich sind wir bereit, ein bereits 10 Jahre bestehendes und damit durch die zwischenzeitlich stattgefundene Technikentwicklung zumindest in Teilen überholtes Klimaschutzkonzept neu zu beraten. Eine Vorfestlegung wollen und können wir jedoch nicht treffen. Die einzelnen Maßnahmen bedürfen einer genauen Beleuchtung. Wir verweisen dabei auf die unter Ziffer 1-3 gegebenen Antworten, mit den dort für uns maßgeblichen kommunalpolitischen Zielsetzungen.

SPD

Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist gerne bereit, einen parteiübergreifenden Antrag zur Aktualisierung des Kommunalen Klimaschutzkonzeptes zu unterstützen. Gegebenenfalls werden wir einen eigenen Antrag stellen. Schwerpunkte werden sein:

Energieeinsparung / Energieeffizienz (siehe Antwort zu 1), Stadtentwicklung, Grün- und Flächenmanagement (Antrag bereits gestellt), Bauleitplanung, Wohnungswesen, Verkehr, Öffentlichkeitsarbeit.

Derzeit erarbeitet die Verwaltung ein Maßnahmenpaket. Sobald dieses vorliegt werden wir anhand der Vorschläge der Energie Consulting Heidelberg Forderungen stellen.